



REGIERUNGSPROGRAMM VON CDU UND CSU:

## Leistung und Sicherheit. Zeit für **Taten**.

„Heute ist ein wichtiger Tag für die Union. Vier Monate vor der Bundestagswahl haben wir etwas sehr Entscheidendes geschafft: Wir machen den Menschen in unserem Land ein echtes Angebot für die Zukunft.“

Darin waren sich der Kanzlerkandidat der Union, Edmund Stoiber, und die CDU-Parteivorsitzende An-

gela Merkel einig, als sie am 6. Mai das gemeinsame Regierungsprogramm von CDU und CSU für 2002 bis 2006, das unter der Leitung von CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer und dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Michael Glos, erarbeitet wurde, vorstellten.

(Fortsetzung Seite 2)

### INHALT

#### BLUTTAT IN ERFURT:

Angela Merkel und Edmund Stoiber legen Blumen am Gutenberg-Gymnasium nieder

SEITE 10-11

#### DOKUMENTATION

Edmund Stoiber: Einen Einsatz deutscher Soldaten im Nahost-Konflikt wird es mit unserer Zustimmung nicht geben. Rede im Deutschen Bundestag

INNENTEIL

■ Am 25. August und am 8. September Fernsehduell Stoiber – Schröder (Seite 5) ■ Von Aufbruch nichts zu spüren. Angela Merkel zum SPD-Wahlprogramm (Seite 7) ■ Versprochen – gebrochen, man kann nehmen, was man will. Rapid-Response-Analyse des SPD-Wahlprogramms (Seite 8-9) ■ Wir brauchen eine Kultur der Werteorientierung und der gegenseitigen Verantwortung. Berliner Memorandum von CDU und CSU für ein Bündnis gegen Gewalt (Seite 11-12) ■ Es gibt keine Freiheit ohne rechtliche Regelungen. Laurenz Meyer eröffnet zusammen mit Norbert Röttgen Zukunftsforum Rechtspolitik (Seite 14) ■ Die Signale stehen auf Sieg. Kreisvorsitzenden-Konferenz mit Angela Merkel und Edmund Stoiber (Seite 15) ■ Maria Eichhorn und Ursula Heinen sprechen mit Vertretern der Jugendverbände (Seite 16) ■ Bundesdelegiertenversammlung der Senioren Union (17)

# In Deutschland wieder Wohlstand und Arbeit für alle

Fortsetzung von Seite 1:

**Der 22. September werde neue Weichenstellungen für Deutschland bringen, betonte die Parteivorsitzende. Und entsprechend war die Arbeit von CDU und CSU am Regierungsprogramm von Gemeinsamkeit und Geschlossenheit geprägt.**

Angela Merkel: „Aber auch Entschlossenheit und Zuversicht ist das Kennzeichen unserer Arbeit. Wir haben aus der Wahlniederlage 1998 gelernt und werden den Wechsel herbeiführen. Die Menschen und dieses Land haben etwas anderes verdient, als auf allen wichtigen Politikfeldern Schlusslicht zu sein. Rot-Grün hat seine Chance gehabt und hat sie vertan.“

83 Prozent der Menschen in Deutschland sind der Meinung, dass nach vier Jahren Rot-Grün die sozialen Unterschiede größer ge-

„Wir erteilen der Politik der „ruhigen Hand“ eine klare Absage. Deutschland soll wieder das wirtschaftlich dynamische Land in Europa werden und weg vom letzten Platz. Dafür müssen wir den Weg einer umfassenden Erneuerung gehen und auf diesem Weg die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Denn wir brauchen das Vertrauen der Menschen, dass wir diese Erneuerung auch gerecht und in sozialer Verantwortung gestalten.“

Edmund Stoiber

worden sind und dass Leistung nicht mehr gerecht bewertet wird. Das meinen diejenigen, die Kinder erziehen, diejenigen, die ehrenamtlich tätig sind; das gelte für Arbeitnehmer und Ar-

IMPRESSUM

**UID**

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 32,00 €; Einzelpreis 1,00 €; Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

## WAHLAUFRUF

# Lassen Sie uns mehr aus Deutschland machen

Sie, die Bürgerinnen und Bürger, haben es jetzt in der Hand, die Weichen auf Zukunft zu stellen: Leistung und Sicherheit für unser Land – das ist die Chance des 22. September.

Vier Jahre Rot-Grün waren verlorene Jahre für uns alle in Deutschland – die rot-grüne Politik hat Deutschland zum Schlusslicht in Europa gemacht. Dafür trägt Gerhard Schröder die Verantwortung. Die Deutschen haben besseres verdient als noch einmal vier Jahre verspielter Chan-

cen, vier Jahre des Abstiegs, noch einmal vier Jahre lang Versprochen – Gebrochen.

## Kompetenz entscheidet

Mit der Mehrheit der Menschen verbinden uns eine Einsicht und ein Wille: Es ist Zeit für Taten. Es ist Zeit, dass unser Land wieder effizient und tatkräftig regiert wird. Genau das ist das Angebot, das wir Ihnen machen Kompetenz ent-

scheidet: Mit Edmund Stoiber an der Spitze bieten wir den Menschen eine neue Perspektive – für mehr Arbeitsplätze, für eine leistungsfähige Wirtschaft, für eine Politik, die neue Sicherheit schafft, für eine Politik des Optimismus, für eine stabile und verlässliche Politik der Mitte.

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf: Gehen Sie wählen. Nutzen Sie Ihre Stimme am 22. September. Lassen Sie uns gemeinsam mehr aus Deutschland machen!

beitgeber, für Mittelständler und Wissenschaftler.

Angela Merkel: „Leistungsgerechtigkeit, also die gerechte Bewertung von Leistung, ist aber die Voraussetzung dafür, dass wir in Deutschland wieder Wohlstand und Arbeit für alle schaffen.“

Die Parteivorsitzende zum zweiten Schlüsselbegriff des Regierungsprogramms: „Wir brauchen neue Sicherheiten. Die Menschen spüren, dass sich die Welt durch Globalisierung

verändert hat und neue Fundamente für mehr Sicherheit nötig sind.“

Mehr und neue Sicherheiten nicht nur im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit, sondern auch im Bereich der sozialen Sicherungssysteme, im Bereich von Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Gerade was dieses letzte Gebiet betrifft, unterstrich die Parteivorsitzende, komme es darauf an, die Menschen in diesem Land auf die Wissensgesellschaft des 21.

Jahrhunderts vorzubereiten, ■ auf Wettbewerb zwischen Schulen, Hochschulen und Ländern, ■ auf Orientierung in diesem neuen Jahrhundert, die Sozial- und Geisteswissenschaften vermitteln.

Wettbewerb in den sozialen Sicherungssystemen – vor allem bei der Gesundheit: das heisst Wettbewerb der beteiligten Institutionen, der Kassen, Ärzte, Patienten und auch der Pharmaindustrie: „Wir wollen diesen Wettbewerb stärken



*„Unser Programm ist ehrgeizig. Aber es ist auch ehrlich. Wir haben manche schöne Notwendigkeit nicht hineingeschrieben, weil wir wissen: Nur solide Finanzen sind das Fundament, auf dem wir eine sichere Zukunft – auch für die zukünftigen Generationen – bauen können.“*

Angela Merkel

und dadurch die Effizienz verbessern.“

Besonderer Schwerpunkt des Regierungsprogramms: die Familie. Angela Merkel: „Wir wollen die soziale und materielle Besserstellung der Familie und mit unserem Familiengeld dazu beitragen, dass die Erziehungsleistung von Eltern gerecht bewertet wird.“ Es dürfe vor allem nicht länger der Fall sein, dass diejenigen, die mit drei Kindern jeden Tag zur Arbeit gehen, am Monatsende weniger Geld haben, als die Sozialhilfe für sie ausmachen würde.

Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber stellte klar, dass sich die Union nach ihrem Wahlsieg auf drei Vorhaben konzentrieren werde: ■ Erstens soll die für den 1. Januar 2003 bereits beschlossene fünfte Er-

## Starker Anstieg im Jahresvergleich

Auch im April sind in Deutschland – trotz eines leichten Frühjahrsaufschwungs – mehr als vier Millionen Menschen ohne Arbeit gewesen. Registriert wurden **4,024 Millionen Erwerbslose**. Das sind 132.000 Erwerbslose weniger als im März, aber 156.000 mehr als im April des vergangenen Jahres. Vor allem über diesen starken Anstieg im Jahresvergleich zeigen sich die Fachleute besorgt.

höhung der Ökosteuer ausgesetzt werden. ■ Außerdem will die Union den Niedriglohnbereich gezielt fördern ■ und einen Einstieg in das Familiengeld verwirklichen. Stoiber bezifferte die Kosten dieser drei Maßnahmen für 2003 auf rund sieben Milliarden Euro. Die Gelder sollen durch Umschichtungen im Bundeshaushalt aufgebracht werden.

Mit dem Konzept „3 mal 40“ will Stoiber Deutschland auf den Weg der wirtschaftlichen Erholung füh-

## Signal für den 22. September

Zu seinem „überwältigenden Sieg“ bei der Präsidentschaftswahl hat die Parteivorsitzende Angela Merkel im Namen der CDU **Jacques Chirac** gratuliert. Sie bezeichnete diesen Erfolg als Grundlage dafür, dass die bürgerlichen Parteien in Frankreich auch die Parlamentswahlen im Juni gewinnen können, und als „Signal für die Wahlen zum Deutschen Bundestags am 22. September“.

ren. Damit sollen die Staatsquote, der Spitzensteuersatz und die Sozialversicherungsbeiträge auf jeweils unter 40 Prozent gesenkt werden.

Edmund Stoiber: „Mit dieser Entlastung geben wir den Bürgern mehr Möglichkeiten zur Eigenvorsorge. Die Unternehmen erhalten größere und vor allem verlässliche Spielräume für die Einstellung von neuen Arbeitskräften. Und wer Arbeit schafft, schafft auch Wachstum. Und Wachstum bringt mehr Arbeit.“

[http://](http://www.regierungsprogramm.de)

Voller Wortlaut unter:  
[www.regierungsprogramm.de](http://www.regierungsprogramm.de)

## TERMINE FERNSEHUELL

75 Minuten reine **Redezeit**

Am 25. August und am 8. September werden Kanzlerkandidat Edmund Stoiber und Bundeskanzler Gerhard Schröder gegen einander in Fernsehduellen antreten. Darauf haben sich deren Berater in Berlin mit den Fernsehanstalten geeinigt.

Die Moderation sollen bei den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten Sabine Christiansen (ARD) und Maybritt Illner (ZDF) übernehmen, bei den privaten Fernsehsendern Peter Limbourg (N24) und Peter Kloppel (RTL).

Die Fernsehduelle werden an den beiden Sonntag-Abenden jeweils um 20.15 Uhr stattfinden. Stoiber und Schröder werden stehend und ohne Zuschauer debattieren. Die reine Redezeit soll 75 Minuten betragen.

**EDMUND STOIBER:** Ich werde nicht den Fehler machen und Millionen neuer Jobs versprechen. Aber wir werden die richtigen Bedingungen schaffen, damit unsere Wirtschaft endlich wieder wächst. Anders als Rot-Grün findet die Union sich nicht damit ab, dass Deutschland das Schlusslicht in Europa ist. Die Leute spüren: Nur wenn dieser Kanzler geht, kommen neue Arbeitsplätze.

**ANGELA MERKEL:** Es gibt eine klare Wechselstimmung im Land – gerade einmal dreieinhalb Jahre nach der letzten Bundestagswahl. Dabei war die Zeitspanne, in der sich diese **Wechselstimmung** entwickeln konnte, sogar noch kürzer. Zwei, drei Jahre hat es nämlich gedauert, bis die Folgen rot-grüner Regierungsarbeit sichtbar geworden sind. CDU und CSU sind auf einem guten Weg.

## NEUESTE UMFRAGE

Union klar **vorne**

Nach der Wahlniederlage in Sachsen-Anhalt befindet sich die SPD auch bundesweit im Abwärtstrend. Wenn jetzt Bundestagswahlen wären, käme sie nur noch auf 31 Prozent der Wählerstimmen: 1 Prozent weniger als noch in der Woche davor.

Laut einer Forsa-Umfrage für „stern“ und RTL stabilisiert sich die Union konstant bei 41 Prozent. Die FDP liegt weiterhin bei 12 Prozent, die PDS unverändert bei 6 Prozent. Die Grünen haben einen Prozentpunkt zugelegt und liegen jetzt bei 7 Prozent.

Rechnerisch ergäbe dies eine stabile Mehrheit von 53 Prozent für eine Koalition zwischen Union und FDP. Die jetzige rot-grüne Regierungs-Koalition käme jetzt lediglich auf 38 Prozent.

**UMFRAGEN** bestätigen, dass die Bürger dem Kanzlerkandidaten der Union größere wirtschaftspolitische Kompetenz zuschreiben als dem der SPD. Dass letzterer als telegener gilt, erkennen die Wähler gerne an, beeindruckt lassen sie sich davon nicht. **Die so genannte Wechselstimmung ist da, also die demoskopisch nachweisbare Vorfreude der Leute auf eine neue Regierung.** (FAZ)

**Norbert Claussen**, bisher Wirtschaftsdezernent, hat sich als CDU-Bewerber bei den Oberbürgermeister-Stichwahlen in Schwerin mit 58,4 % gegen den PDS-Bewerber Gert Böttcher durchgesetzt.

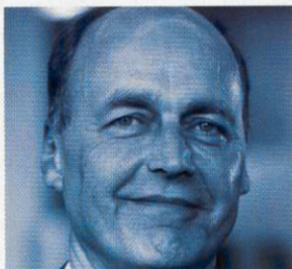
GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

## „Rot-Grün ist Koalition der Bremser!“

Zu dieser eindeutigen Erkenntnis müsse man nach der Veröffentlichung der Arbeitsmarktzahlen für den Monat April kommen, erklärte CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer, in Berlin.

Mit über vier Millionen Arbeitslosen erreicht die Arbeitslosigkeit den höchsten Aprilstand seit 1999. Die Arbeitsmarktdaten würden wieder einmal zeigen, welche katastrophalen Folgen Schröders Nichtstun der letzten Jahre habe

Es reiche nicht aus, dass Kanzler Schröder auf die Wirtschaftsdaten in den Vereinigten Staaten wie



das Kaninchen auf die Schlange starre. Der Kanzler irre, wenn er hofft, dass die anspringende US-Konjunktur die Blockade am deutschen Arbeitsmarkt lösen werde. Alle Aufschwungparolen des Kanzlers und der SPD würden geradezu wie das berühmte Pfeifen im Walde erschei-

nen, kritisierte Laurenz Meyer. Seit seinem Amtsantritt setze Schröder auf das Prinzip Hoffnung.

### Arbeitsmarkt ist überreguliert

Mit den schlechten Abschneiden in einer internationalen Studie unterstrich Laurenz Meyer die schlechte wirtschaftlichen Kompetenz von Rot-Grün. Nach einer Studie des renommierten Wirtschaftsforschungsinstituts der Universität Lausanne rutschte Deutschland im internationalen Vergleich von 49 Staaten bei der Beurteilung des Arbeitsmarktes auf den letzten Platz! Begründung: Die Regulierung des Arbeitsmarktes sei zu unflexibel und die herkömmliche Arbeitslosenversicherung biete keinen Anreiz zur Aufnahme von Arbeit. Damit hätten die Experten erneut ein zentrales Problem bestätigt. Dies unterstreiche auch die Notwendigkeit der von CDU/CSU vorgesehenen Maßnahmen im Regierungsprogramm 2002/2006 zur Deregulierung des Arbeitsmarktes.

### KAMPAGNEN - KONFERENZEN

**Folgende Termine und Veranstaltungsorte sind geplant:**

- **Dienstag, 14. Mai,** 18.00 Uhr in Karlsruhe für die Landesverbände Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saar
- **Mittwoch, 22. Mai,** 18.00 Uhr in Erfurt für die Landesverbände Hessen, Sachsen und Thüringen
- **Dienstag, 28. Mai,** 18.00 Uhr in Dortmund für

den Landesverband Nordrhein-Westfalen

■ **Freitag, 31. Mai,** 18.00 Uhr in Potsdam für die Landesverbände Berlin, Brandenburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

Die Kampagnen-Konferenz für die Landesverbände Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein hat bereits am 7. Mai in Schwerin stattgefunden.

ANGELA MERKEL:

## Von Aufbruch nichts zu spüren

Zur Vorstellung des SPD-Programms zur Bundestagswahl erklärte die Parteivorsitzende:

Gerhard Schröder hat 1998 seine Chance bekommen. Er hat sie nicht genutzt. Stattdessen hat er Enttäuschung und Verdruss über gebrochene Versprechen erzeugt. Sein Wahlprogramm ist dabei für die Menschen nur eine Enttäuschung mehr: Keine Antwort auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, auf die Schere zwischen Ost und West, auf die Förderung des Mittelstands. Es ist nichts anderes als ein Dokument der Hilflosigkeit.

Schröder und seine SPD sind mittlerweile meilenweit von den Sorgen und Problemen der Menschen entfernt. Das Wahlprogramm der SPD erschöpft sich über weite Strecken in der Aufzählung bereits beschlossener Gesetze. Von einem Aufbruchsignal, von substantiellen Vorhaben für die nächste Legislaturperiode ist nichts zu spüren. Das ist die Manifestation einer Politik der roten Laterne. Die SPD lässt die Menschen in Deutschland alleine.

Dieses Programm ist zudem der Beleg für die schlei-



chende Entkernung der deutschen Sozialdemokratie durch Gerhard Schröder. Mit dem heutigen Tag hat sich die SPD endgültig als Programmpartei verabschiedet und sich auf ihre Rolle als Machterhaltungsstruktur für Gerhard Schröder reduzieren lassen. Bezeichnend ist auch die pro-

klamierte Reihenfolge: „Kanzler, Konzept, Kompetenz“. Kompetenz kommt bei der SPD an letzter Stelle. Aber genau das ist das falsche Signal. Denn auf Kompetenz kommt es vor allem an, wenn man Deutschland gemeinsam mit den Menschen wieder nach vorne bringen will.

Genau deshalb braucht Deutschland wieder einen Wechsel. Die Union wird wieder jedem eine Stimme geben, damit sich Leistung in unserem Land wieder lohnt und neue Sicherheit geschaffen wird. Zur Lösung dieser Aufgaben ist die SPD nicht mehr fähig.

**Maria Böhmer:** Keine Visionen, dafür Weichspüler. Ich habe vergeblich nach Substanz gesucht. Die politische Kernaussage: der Kanzler. Sie gipfelt in der Behauptung: Schröder mache gute Arbeit. In der Familienpolitik jedenfalls haben die Bürgerinnen und Bürger, wenn man von der mageren Kindergelderhöhung absieht, vergeblich auf konkrete Ergebnisse gewartet.

**Volker Rühle:** Der außenpolitische Teil des Programms – Realitätsverlust mit Blick auf das tatsächliche Gewicht Deutschlands in Europa und der Welt. Ja: Unter der SPD-geführten Bundesregierung ist unser Land vielfach nicht einmal mehr in der Lage, eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen. Auf die weltpolitischen Herausforderung: keine schlüssigen Antworten.

# Versprochen – gebrochen, man kann nehmen, was man will

**SPD-Wahlprogramm, S. 23:** *Mit der Steuerreform haben wir die größte Steuersenkung in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg gebracht.*

## FAKT:

### Belastung mit Steuern und Sozialabgaben höher als beim Regierungsverwechslung

Die Einkommensbelastungsquote (Anteil von Steuern und Sozialabgaben am Bruttoeinkommen) ist von 55,1 % im Jahr 1998 über 55,4 % in 2001 auf 56,6 % in diesem Jahr angestiegen. (Karl-Bräuer-Institut, Studie von Februar 2002)

„Mit 56,2 v.H. dürfte die Einkommensbelastung im Jahr 2005 lediglich um 0,8 Prozentpunkte unter dem Höchstwert von 2000 und sogar um 1,1 Prozentpunkte über dem Wert von 1998 liegen, also dem letzten Jahr vor 'den umfassendsten Steuersenkungen in der Geschichte der Bundesrepublik' (so Finanzminister

Hans Eichel).“ (ebenfalls: Karl-Bräuer-Institut)

### „Steuerreform ist ungerecht“

„Die Steuerreform hat die Verteilungsgerechtigkeit nicht vergrößert, sondern verringert.“ (Klaus Lang, Vorstandsmitglied IG-Metall, zit. Nach Berl. Zeitung, 22.2.2002)

### Kein Beitrag für Wachstum und Arbeitsplätze

„Die Abschreibungsmöglichkeiten auf Sachinvestitionen wurden [...] verschlechtert, um die Steuerausfälle der 'mutigen Reform' finanzieren zu können. So entsteht kein Wachstum, so entstehen keine Arbeitsplätze.“ (Claus Noé, ehemaliger Staatssekretär der Regierung Schröder im Bundesfinanzministerium, Frankfurter Rundschau, 18.3.2002)

**SPD-Wahlprogramm, S. 25:** *Wir haben mit dem Jugendsofortpro-*

*gramm 'JUMP' schon über 400.000 jungen Menschen eine berufliche Chance geschaffen.*

## FAKT:

### Kein erfolgreicher Übergang in Arbeits- bzw. Ausbildungsverhältnisse

180.000 Jugendliche wurden nach einer Maßnahme nach dem JUMP wieder arbeitslos oder beginnen eine andere Maßnahme. Lediglich für ein Drittel der Jugendlichen mündet das Programm in einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. (DGB, Mitteilung vom 7.6.2001)

### Jugendarbeitslosigkeit steigt trotz erheblichen Aufwands überproportional an

Im März 2002 waren in Deutschland 505.114 junge Menschen (unter 25 Jahren) arbeitslos. In dieser Altersgruppe stieg die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum März 2001 um 53.648 Men-

schen (+ 11,9 %) und damit stärker als die Gesamtarbeitslosenquote (Anstieg um 3,9 % im März 2002). (Bundesanstalt für Arbeit, S. 1)

### Weit geringere Jugendarbeitslosigkeit in den CDU-geführten Ländern

Baden-Württemberg, Bayern und Hessen hatten auch im Jahr 2001 die niedrigsten Jugendarbeitslosenquoten (Arbeitslose unter 25 Jahre) in ganz Deutschland: 4,4 % (BW), 5,1 % (BY), 6,5 % (HE). (Bundesanstalt für Arbeit, S. 13)

### Wirkungslos gegen Ausbildungsplatzmangel in den neuen Bundesländern

„Trotz des fortgeführten Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit gelang es nicht, die Situation zu verbessern. Das Angebot gemeldeter Ausbildungsstellen reduzierte sich um 5.903 Stellen [oder 4,6 %] auf 121.441 Lehrstellen. [...] bei 213.089 gemeldeten Bewerbern [war] das Verhältnis von Ausbildungsstellen zu Bewerbern mit 0,57 äußerst gering.“ (Jahresgutachten des Sachverständigenrates, S. 162 a. E.)

**SPD-Wahlprogramm, S. 52:** *Die Gesundheitsreform 2000, der Risikostrukturausgleich, die aktive Prävention, die Dämpfung der Arzneimittelkosten und ganz besonders die Fallpauschalen im Krankenhaus bremsen die Kostenentwicklung und weisen in die richtige Richtung.*

### FAKT:

#### Gesundheitssystem marode

Rot-Grün hat die Gesundheitsreform der alten Regierung zurückgenommen und keine wirksamen Maßnahmen ergriffen, um einen Anstieg des Defizits der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der Krankenkassenbeiträge zu verhindern. Die Finanzen der GKV haben sich unter der Verantwortung der Regierung Schröder von einem Polster in Höhe von 0,86 Mrd. Euro im Jahr 1997 zu einem Defizit im Jahr 2001 in Höhe von 2,8 Mrd. Euro entwickelt. (Quelle: Bundesgesundheitsministerium)

#### Steigende Beiträge

„Die Reformvorschläge von Frau Schmidt reichen

bei weitem nicht aus, um die Struktur- und Finanzprobleme der GKV zu lösen. [...] Wir [haben] im nächsten Jahr allein durch die Zusatzkosten bei den Chroniker-Programmen einen Wert [Beitragsatz in der gesetzlichen Krankenkasse] von 14,3 Prozent im Schnitt.“ (Norbert Klusen, Vorstandschef der Techniker Krankenkasse, Focus, 15.4.2002)

#### Vernichtendes Urteil der Sachverständigen

Im Jahresgutachten des Sachverständigenrates für 2001/2002 wird das Kapitel zur Gesundheitspolitik überschrieben mit: „Unbefriedigende Entwicklungen“. Zur Einschränkung der Krankenkassenwahlrechte der Versicherten urteilen die Wissenschaftler: „Die interventionistische Einschränkung der Rechte der Versicherten [durch Gesetze der Bundesregierung] ist das Gegenteil einer verlässlichen Politik.“ Zu geplanten Gesetzen im Arzneimittelbereich: „Dass es [zur Absenkung der Arzneimittelpreise] gleichsam zu einem Ablasshandel kommt, zeugt nicht von einem guten Politikstil.“

[http://](http://www.wahlfakten.de)

Vollständiger Text:  
[www.wahlfakten.de](http://www.wahlfakten.de)

# Merkel und Stoiber legen **Blumen** am Gutenberg-Gymnasium nieder



Foto: dpa

**Die Vorsitzenden von CDU und CSU, Angela Merkel und Edmund Stoiber, haben am 29. April in Erfurt der Opfer der furchtbaren Bluttat gedacht.**

Sie legten Blumen am Gutenberg-Gymnasium nieder, wo 16 Menschen von einem 19-jährigen ehemaligen Schüler ermordet worden waren. Gemeinsam mit dem thüringischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel verharrten sie in minutenlangem stillem Gebet. Anschließend trugen sich Merkel und Stoiber in das

Kondolenzbuch im Erfurter Rathaus ein.

„Wir sind zutiefst erschüttert über das schreckliche Ereignis im Gutenberg-Gymnasium und empfinden tiefe Trauer. Das ist ein unfassbares, entsetzliches Geschehen. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen und Freunden der Opfer“, sagte die Parteivorsitzende.

Der bayerische Ministerpräsident rief zu einer „höheren Intoleranz gegenüber Gewaltverherrlichung und der Akzeptanz von Gewalt“ auf.

## Wir brauchen Zeit zum Nachdenken

*Der Amoklauf von Erfurt ist unfassbar. „Warum?“ steht in großen Buchstaben auf Zetteln im Trauerblumenmeer vor dem Gutenberg-Gymnasium. Diese Frage stellt sich das ganze Land. Es wird wohl keine eindeutige Antwort finden. Absurd die Vorstellung, ein solches Ereignis ließe sich gleich nach ein paar Tagen erklären. Und abwegig ist wohl leider auch die Hoffnung, ein solches Massaker eines Einzeltäters ließe sich in Zukunft verhindern. Ruhe wäre gut in dieser Ratlosigkeit. Zeit zum Nachdenken möchte man haben statt schneller Schuldzuweisungen. Freilich ist es aber auch eine natürliche Reaktion, nach den Ursachen zu suchen.*

Sächsische Zeitung

Ministerpräsident Vogel dankte den Menschen in Deutschland für ihre Solidarität mit den Opfern. **UD**

# Wir brauchen Werteorientierung und gegenseitige Verantwortung

Das entsetzliche Verbrechen am Erfurter Gutenbergs-Gymnasium hat Deutschland tief erschüttert. Dieses Verbrechen muss in uns allen das Bewusstsein dafür stärken, dass wir täglich von Neuem daran arbeiten müssen, in Frieden und Freiheit, in gegenseitiger Achtung und Toleranz leben zu können. Individualität und Solidarität sind keine Gegensätze. Jeder muss sich seiner Verantwortung für sich und sein Umfeld bewusst sein.

Letzte Sicherheiten wird es leider nie geben können. Wir müssen jedoch alles tun, um die Wahrscheinlichkeit solcher Verbrechen auf ein Minimum zu reduzieren. Es gibt vielfältige Ursachen von Gewalt. Sie erfordern auch vielfältige Antworten. Mit Repression allein können wir ihr nicht begegnen.

Notwendig ist eine Änderung des gesellschaftlichen Klimas. Gewalt darf in unserer Gesellschaft nicht zur Normalität werden. Wir müssen darüber diskutieren, wie wir miteinander leben, welche Werte unsere Ge-

**UNTER DEM EINDRUCK** der Bluttat von Erfurt haben Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber und die Parteivorsitzende Angela Merkel am 4. Mai im Rahmen einer Konferenz der Kreisvorsitzenden der CDU ein „Memorandum für ein Bündnis gegen Gewalt“ vorgelegt.

Die Parteivorsitzende mahnte, dass man nicht zur Tagesordnung übergehen dürfe. Erziehung müsse mehr an Bedeutung gewinnen, und für Kinder und Jugendliche müsse mehr Zeit aufgewendet werden. Dazu gehöre aber auch, Grenzen zu setzen. Edmund Stoiber forderte darüber hinaus, das Waffenrecht zu verschärfen, Gewalt im Fernsehen zu ächten und Gewaltvideos zu verbieten.

sellschaft tragen und welche Bedeutung Familie, Erziehung und Bildung haben. Wir wollen, dass der Bundestag, der Bundesrat und die Länderparlamente eine solche grundlegende Debatte führen. Wir wollen eine große öffentliche Diskussion, an der sich alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligen sollen.

## Gewalt nicht verharmlosen

Wir brauchen ein Bündnis gegen Gewalt, für das sich jeder engagiert und das Zivilcourage fordert. Gewalt, egal welcher Art, egal wie motiviert, darf keine

Duldung und Verharmlosung erfahren. Wir brauchen eine Kultur der Werteorientierung und der gegenseitigen Verantwortung. Dies ist eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft.

Wir müssen uns insbesondere mit den Ursachen von Gewalt befassen und dort ansetzen. Minderwertigkeitsgefühl, Frust und Aggression werden häufig durch Gewalt kompensiert. Sie lassen sich nie ganz vermeiden. Aber wir müssen aufmerksamer damit umgehen. Wir müssen uns auch fragen, warum davon vorrangig Jungen bzw. Männer betroffen sind.

Wir müssen die Familien stärken und sie bei ihrer Er-

ziehungsrbeit unterstützen und begleiten. Wichtig ist, dass wir Kindern und Jugendlichen mehr Aufmerksamkeit widmen, sie annehmen mit ihren Stärken und Schwächen, mit ihrer ganzen Persönlichkeit und uns ihren persönlichen Problemen zuwenden. Die Wertschätzung der jungen Menschen, die Auseinandersetzung mit ihnen und die Eröffnung bestmöglicher Chancen für ihre Entwicklung müssen dabei im Mittelpunkt stehen.

Wir brauchen eine Erziehung, die die Würde des Einzelnen in den Vordergrund stellt und seine Stärken betont. Dazu muss ein familiäres, schulisches und gesellschaftliches Umfeld kommen, das dem Einzelnen hilft, wenn sich Probleme abzeichnen, und das Warnsignale, die oft genug zugleich der Schrei nach Hilfe sind, wahrnimmt und sensibel darauf reagiert.

### Mit Mißerfolgen umgehen lernen

Zu unserer Kultur gehört auch ein gesundes Leistungsverständnis, nach dem jeder seine Fähigkeiten und Begabungen entfaltet und diese für sich und die Gemeinschaft einsetzt. Lei-

stung hat in unserer Gesellschaft zu Recht einen hohen Wert. Ein positives Leistungsverständnis stärkt das Selbstwertgefühl junger Menschen. Kinder und Jugendliche müssen aber auch lernen, mit Misserfolgen umzugehen, und erfahren, dass Gewalt kein Mittel zur Konfliktbewältigung ist.

Es ist wichtig, dass Jugendliche für sich eine Zukunftsperspektive finden und eine positive Einstellung zu sich, zu ihrem unmittelbaren Umfeld und zu unserer Gesellschaft insgesamt entwickeln.

Das Klima im Elternhaus ist ganz entscheidend für die kindliche Entwicklung. Eltern haben das Erziehungsrecht, sie haben aber auch die Erziehungspflicht. Sie tragen Verantwortung für das Kind und haben eine Vorbildfunktion, die sie selbst nicht unterschätzen dürfen. Wir müssen sie ermutigen und unterstützen, ihren Erziehungsauftrag wahrzunehmen.

Eltern, die sich überfordert fühlen, sollen ausreichend Hilfen finden, wie sie schon im heutigen Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert sind. Wir fordern eine Überprüfung der familien- und jugendrechtlichen Bestimmungen, denn es gibt kaum Sanktionsmöglichkei-

ten gegen kooperationsunwillige Eltern, die ihre Verantwortung für ihre Kinder nicht übernehmen oder zum Schaden ihrer Kinder handeln. Kinder, die Gewalt in der Familie erleben – Gewalt gegen Ehepartner, Gewalt gegen Kinder –, greifen später häufig auf Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung zurück. Gewalt darf in Familien keinen Platz haben.

### Orientierung durch Wertevermittlung

Die Schule muss sich ihres Erziehungsauftrags bewusst sein. Sie muss neben der Wissensvermittlung auch die personalen und sozialen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler entwickeln helfen und durch Wertevermittlung Orientierung geben. Lehrkräfte müssen Schülerinnen und Schülern insbesondere gegen Gewalt und Mobbing sensibilisieren, Konfliktlösungsstrategien aufzeigen und diese gemeinsam an den Schulen umsetzen. Dazu brauchen sie die Unterstützung der Gesellschaft.

[http://](http://www.cdu.de)

Den vollen Wortlaut des Berliner Memorandums finden Sie unter [www.cdu.de](http://www.cdu.de)

**NICHT WAHLMÜDE** sind nach Ansicht des Bundeswahlleiters die deutschen Wählerinnen und Wähler trotz der geringen Wahlbeteiligung von 56,5 Prozent bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Im internationalen Vergleich sei die Wahlbeteiligung in Deutschland sogar „außerordentlich hoch“. Optimistisch ist deshalb Johann Hahlen, was die Bundestagswahl am 22. September betrifft.

**UM 6,7 PROZENT** sind die Steuereinnahmen des Bundes im ersten Quartal 2002 gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Zugleich stiegen die Ausgaben um 3,3 Prozent. Das Loch in der Bundeskasse beträgt danach 24,3 Milliarden Euro. Ein „Besorgnis erregendes Ergebnis“ – so ein Kommentar. Vom Silberstreifen am Horizont des Wirtschaftswachstum keine Rede.

**DRAMATISCH** gesunken ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres nach einer Untersuchung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) die Mehrwegquote bei Getränken. Nur noch gut die Hälfte – 56 Prozent – der deutschen Haushalte wollen die Pfandflasche. Bis September 2001 waren es noch 62,5. Die gesetzlich vorge-

schriebene Mehrwegquote liegt bei 72 Prozent.

**EINBRÜCHE** und steigende Sozialausgaben haben 2001 für tiefrote Zahlen in den Haushalten vieler deutscher Städte und Gemeinden gesorgt: ein Absturz gegenüber dem Jahr davor um rund sechs Milliarden Euro. Im laufenden Jahr wird ein Minus in Höhe von 4,9 Milliarden erwartet. „Viele Städte müssen alltägliche Ausgaben schon auf Pump bezahlen.“ Monika Kuban, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetags: „Ein ungesetzlicher Zustand.“ Hauptursache der Finanzmisere: die dramatischen Einbrüche bei den Gewerbesteuer-Einnahmen.

**ZU HOHE LÖHNE** könnten das Wachstum hemmen. Mit dieser Warnung hat sich der Präsident des Münchner Ifo-Institut, Hans-Werner Sinn, gegen lange Arbeitskämpfe mit überhöhten Abschlüssen gewandt. Hohe Löhne führen natürlich zu stärkerer Konsumnachfrage. Aber sie verschlechtern auch die Gewinnaussichten der Investoren und damit die Investitionsnachfrage.

**„MEDIATOR“** dürfen es sich künftig Rechtsanwälte nennen. Das heißt: Streit-

schlichter. Das hat die Bundesrechtsanwaltskammer in Berlin beschlossen. Voraussetzung: der Nachweis einer regelrechten Ausbildung in den Grundsätzen der Mediation. Kammer-Sprecher Ulrich Scharf: „Heutzutage werden etwa 70 Prozent aller Streitigkeiten außergerichtlich durch Rechtsanwälte erledigt.“

**EINE LESEINITIATIVE** hat der Verband Bildung und Erziehung (VBE) auf dem Deutschen Lehrertag gestartet. Verbandsvorsitzender Ludwig Eckinger: „Der Schockzustand nach Pisa ist jetzt zu Ende. Richtig schreiben und lesen können, ist Mindeststandard. Die Verantwortung von Schule und Eltern liegt nun darin, Kinder zum Lesen zu verlocken, damit Bücher deren Lust und Fantasie beflügeln.“

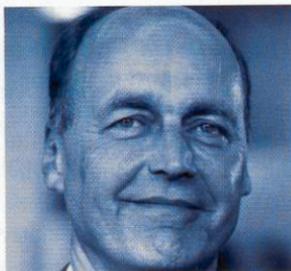
**IMMER MEHR** Menschen kaufen ihre Brille in Tankstellen oder Supermärkten. 3 bis 3,5 Millionen solcher Fertigbrillen wurden schätzungsweise im letzten Jahr außerhalb der Fachgeschäfte verkauft. Joachim Goerdts, Geschäftsführer des Zentralverbands der Augenoptiker warnt vor gesundheitlichen Risiken beim Brillenkauf ohne fachkundige Beratung. **UD**

# Laurenz Meyer: Es gibt keine **Freiheit** ohne rechtliche Regelungen

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), Norbert Röttgen, hat am 3. Mai Generalsekretär Laurenz Meyer das Zukunftsforum Rechtspolitik eröffnet, das unter dem Motto „Recht sichert Freiheit“ steht.

Norbert Röttgen betonte, dass dieses zweitägige Treffen der Diskussion über rechtspolitische Beschlüsse sowohl mit Rechtspolitikern als auch mit Außenstehenden dienen soll. Ein Stilwandel sei notwendig, da es in den bisherigen Auseinandersetzungen „fast ausschließlich um Barrikadenkämpfe“ gegangen sei.

Der Generalsekretär hob die herausragende Bedeutung hervor, die diesem Zukunftsforum – nicht zuletzt



im Zusammenhang mit der Bluttat von Erfurt – zukomme. Vielen Menschen sei die Bedeutung des Rechts für ihre ganz persönliche Freiheit und für die individuelle Sicherheit wieder bewusst geworden. Allen Bürgern, so Meyer, müsse klar sein, dass es „eine Freiheit ohne eine Rechtsordnung und ohne rechtliche Regelungen nicht geben kann“.

Die besondere Aufgabe der Rechtspolitik sei es, zu gewährleisten, dass „jeder Mensch seine persönliche

Freiheit“ wahrnehmen könne. Gleichzeitig müsse größtmöglicher Schutz des Einzelnen sichergestellt werden.

„Recht gibt Sicherheit“, diese Formel trage die Hoffnung in sich, dass ein demokratischer Rechtsstaat seinen Bürgern mehr geben könne, als jeder andere Staat. Dem Recht, so Meyer, kommen hierbei vor allem zwei Aufgaben zu: es muss einerseits streng sein, indem es klare Regeln aufstellt. Andererseits müsse es aber auch Freiheiten schaffen, die jeder Einzelne nach Belieben nutzen könne.

## ZUM 25. TODESTAG

von Ludwig Erhard am 5. Mai hat Friedrich Merz daran erinnert, dass es auch heute wieder an der Zeit ist, Wirtschafts- und Sozialpolitik als Ordnungspolitik zu verstehen. Den Erfolg mache aber auch heute nicht das plakatierte System aus, sondern die Entscheidungen verantwortlich handelnder Politiker bestimmen ihn.

*Untätigkeit oder Blockade bei der inneren Sicherheit und chaotischer Aktionismus beim Zivilprozess, beim Urheberrecht und auf anderen Rechtsgebieten: das sind die Kennzeichen däblicher-gmelinscher Rechtspolitik. Wir werden das ändern.*

Norbert Röttgen



# Die Signale stehen auf Sieg. Den rot-grünen Spuk **beenden!**

Das Signal, dass von der CDU-Kreisvorsitzendenkonferenz am 4. Mai ausgegangen ist, war unüberhörbar: Die Union setzt auf Sieg – sie kämpft darum, dass Edmund Stoiber Bundeskanzler und dem rot-grünen Spuk nach vier Jahren ein Ende bereitet wird.

Die Parteivorsitzende Angela Merkel und Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber sowie Laurenz Meyer und der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz machten deutlich, dass trotz der hervorragenden Umfragewerte die Bundestagswahl noch nicht gelaufen sei. Bis zum 22. September sei noch viel Zeit. CDU und CSU müssen damit rechnen, dass der Bundestagswahlkampf so hart wie kein anderer zuvor werden würde. Es stünde nämlich nicht nur eine Bundesregierung zur Abwahl, sondern eine ganze Generation – die der gescheiterten 68er.

In ihrer Rede stellte Angela Merkel noch einmal die gute Ausgangslage heraus. CDU und CSU hätten beste Chancen, die Wahl zu ge-

winnen. Bei den Bürgerinnen und Bürgern habe sich die Wechselstimmung bereits eingestellt. Diese Stimmung gelte es, auszubauen. Die Bundesregierung habe in fast allen Bereichen versagt.

Verantwortlich dafür: Gerhard Schröder. Sein persönliches Versagen und seine gebrochenen Versprechen haben die Menschen bitter enttäuscht. Daher müsse man den Schuldigen auch beim Namen nennen.

## Gutes Team – zu großen Leistungen fähig

Kanzlerkandidat Edmund Stoiber erklärte, er sehe keine Veranlassung, sich hinter Gerhard Schröder zu verstecken. Im Gegensatz zu Schröder sei er nämlich ein Teamspieler. Er verfüge über ein gutes Team, das zu großartigen Leistungen fähig sei.

Stoiber kündigte an, Deutschland wieder in die Champions League zu führen. Dafür lohne es zu kämpfen. Für Deutschland hart zu arbeiten – das hätten die



Menschen in Deutschland verdient. Der Wechsel sei dringend nötig, weil unter dieser rot-grünen Bundesregierung Deutschland bereits Schlusslicht in Europa geworden sei.

Vier weitere Jahre Schröder könne unser Land nicht verkraften, danach wäre es wirtschaftlich und sozialpolitisch am Ende. Daher gehe es bei dieser Bundestagswahl auch um mehr als um Mehrheiten. Diese Wahl sei eine Zukunftswahl – und die Bürgerinnen und Bürger spüren, dass sie ihre Zukunft besser der Union anvertrauen.

Die Vertreter der 350 CDU-Kreisverbände wurden mitgerissen. Tosender Applaus zeigte, wie geschlossen sie hinter der Parteivorsitzenden und dem Kanzlerkandidaten stehen und wie bereit sie sind, gemeinsam für den Wahlsieg zu kämpfen.

MARIA EICHHORN UND URSULA HEINEN:

# Strikt gegen jede Aufweichung der Instrumentarien des Jugendschutzes

**Anlässlich eines Gesprächs mit den Jugendverbänden erklärten die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Sprecherin der Jungen Gruppe der Fraktion:**

Die Lebensbedingungen von Jugendlichen haben sich in den vergangenen Jahren maßgeblich verändert. Kinder und Jugendliche stehen unter erheblichem Anpassungsdruck. Das Selbstvertrauen der jungen Generation in die eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten muss gefördert werden. Politik hat die Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden positive Leitbilder und Orientierung zu geben und die Partizipation junger Menschen zu fördern.

Die Beteiligungsbewegung der Bundesregierung wurde von den Jugendverbänden als Scheinbeteiligung kritisiert, denn unmittelbare politische Mitgestaltungsprozesse von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene wurden nicht unterstützt. Gefordert wurde

auch die Möglichkeit der Bescheinigung und Zeugniserteilung für ehrenamtlich engagierte Jugendliche, damit sie dieses Zeugnis für künftige Bewerbungen verwenden können.

Die Union fordert eine enge Verzahnung der familien-, jugend- und bildungspolitischen Programme und Initiativen. Wir wollen jungen Menschen ermöglichen, nach ihren Vorstellungen und Bedürfnissen zu leben, damit sie sich in unserer Gesellschaft wohlfühlen und sie mitgestalten. Investitionen in die junge Generation sind die erfolgversprechendsten und wirksamsten Zukunftsinvestitionen.

Die Verbände betonten die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der verschiedenen Lernorte wie z.B. Familie, Kinderbetreuungseinrichtungen, Schule und Einrichtungen der Jugendhilfe.

Sie sprachen sich einhellig für die Fortführung der Arbeit der Kinderkommission auch in der kommenden Legislaturperiode aus. Die Frage der Vertretung kin-



M. Eichhorn



U. Heinen

der- und jugendpolitischer Interessen bedarf jedoch gerade hinsichtlich des Antragsrechts der Kinderkommission, das die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt, eingehender Überprüfung.

Angeichts hoher Arbeitslosigkeit und Erfolglosigkeit des Sofortprogramms JUMP müssen Wirtschaft, Staat und Arbeitsverwaltung zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen eng zusammenarbeiten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt in Übereinstimmung mit den Verbandsexperten die im geplanten Jugendschutzgesetzentwurf enthaltenen Lockerungen ab. Gerade bei den 14- bis 16-Jährigen darf es keinerlei Aufweichungstendenzen der bestehenden Instrumentarien des Jugendschutzes geben.

# Rot-grüne Bundesregierung ablösen und die Lage der Senioren verbessern

Mit 96,9 Prozent wurde Prof. Dr. Otto Wulff zum neuen Bundesvorsitzenden der Senioren Union der CDU Deutschlands gewählt.

Der Jurist aus Schwerte, langjähriger Landesvorsitzender der Senioren Union in Nordrhein-Westfalen, löst Staatssekretär a.D. Dr. Bernhard Worms ab, der die Vereinigung vierzehn Jahre lang führte und künftig als Ehrenvorsitzender fungieren wird. Als Präsident der Europäischen Senioren Union wird er auch weiterhin der Arbeit der Vereinigung verbunden bleiben.

Mit Beifall wurden die Reden von Angela Merkel und Generalsekretär Laurenz Meyer aufgenommen. Die Parteivorsitzende betonte den Wert des Generationsvertrags und die Bedeutung älterer Menschen in der Gesellschaft. Von den Senioren gehe eine Signalewirkung aus: „Wie Leuchttürme“ gäben sie den zukunftsweisenden Kurs an.

Unter dem Motto „Alter ist nichts für Feiglinge – Wir setzen Zeichen“ tagte vom 20. bis 22. April die Bun-

desdelegiertenversammlung der Senioren Union. Nach den Wahlgängen wurde die Tagung mit den Antragsberatungen fortgesetzt. Leittrag des Bundesvorstandes ist der „Berliner Appell“, der die Ablösung der rot-grünen Bundesregierung und konkrete Verbesserungen für Senioren fordert.

„Für die Senioren Union“ – so steht es an zentraler Stelle im Abschnitt „Mit Werten Politik gestalten“ – „sind es Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die in Einklang zueinander stehen müssen. Auf der Grundlage dieser Grundwerte und des christlichen Menschenbil-



Übergabe der Geschäfte von Bernhard Worms an Professor Dr. Otto Wulff Foto: Ulrich Winz

des wollen wir Politik gemeinsam mit der CDU gestalten.“

## NEUER VORSTAND

- **Vorsitzender:** Prof. Dr. Otto Wulff
- **Bundesschatzmeister:** Hans Schoppmeyer
- **Stellvertretender Bundesschatzmeister:** Rolf Rapp
- **5 stellvertretende Vorsitzende:** Erika Reinhardt, Leonhard Kuckart, Helga Kleiner, Rolf Reinemann, Gerhard Richter
- **17 Beisitzer:** Dr. Renate Heinisch, Detlef Schmidt, Dr. Rolf Jähnichen, Stephanie Breme, Wilma Ohly, Dr. Joachim Kupfer, Ulrich Winz, Doralies Schradler, Rolf Hinz, Elisabeth Krämer, Günther Schacht, Gerda Topp, Hans Weber, Dr. Gerhard Steiger, Werner Steinberg, Klaus Panther, Horst Semsek

## BADEN- WÜRTTEMBERG

### Das Geld reicht bestenfalls für eine Suppenküche

**„Unseriös“ hat die Kultusministerin das Angebot von Bundeskanzler Schröder genannt, mit vier Milliarden Euro jede vierte Schule in Deutschland auf den Ganztagsbetrieb umzurüsten.**

„Diese Summe“ – so Annette Schavan – „reicht bestenfalls für ein Jahr.“ Ihre Rechnung: Rund 41.000 Schulen gibt es in Deutschland. Die vier Milliarden würden also auf rund 10.000 Schulen und über vier Jahre verteilt. Allein an einer vierzügigen Hauptschule wären bei fünf zusätzlichen Stunden pro Klasse vier Deputate nötig – jedes im Gegenwert von 50.000 Euro, nicht eingerechnet notwendige bauliche Veränderungen.

Annette Schavan: „Ja, wenn Schröder eine Null daran gesetzt hätte. So aber reicht das Geld bestenfalls für eine Suppenküche.“

### Erwin Teufel 30 Jahre Mitglied des Landtags

„Ohne Erwin Teufel wäre Baden-Württemberg

nicht das, was es heute ist: ein Modell deutscher Möglichkeiten.“

In diesem Satz hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Günther H. Oettinger, die 30-jährige Mitgliedschaft von Erwin Teufel im Landtag von Baden-Württemberg zusammen gefasst und hervorgehoben: „Der regierende Ministerpräsident – überzeugter Föderalist und Europäer – hat in unterschiedlichen Funktionen seine ganze Schaffenskraft für das Wohl des Landes eingesetzt und Baden-Württemberg zum Hort von Fortschritt und Stabilität gemacht.“

## SACHSEN

### Die Menschen in diesem Land haben angepackt

**Dem Landtag und insbesondere der CDU-Landtagsfraktion hat Prof. Kurt Biedenkopf in seiner letzten Regierungserklärung als Ministerpräsident „für die gemeinsame Arbeit zum Wohl unseres Landes“ gedankt. Weiter heißt es in seiner Rede vom 17. April:**

„Unser Freistaat steht gut da. Er hat sich Ansehen erworben und dieses Ansehen vermehrt. Eine große Aufbauleistung liegt hinter uns,

eine große Leistung der Erneuerung. Es sind die Menschen in diesem Land, die Bürgerinnen und Bürger und viele, die hinzugekommen sind, um zu helfen.

Vorrangig sie haben diese Leistungen erbracht. Sie haben sich eingesetzt. Sie haben angepackt. Sie haben mitgestaltet. Sie haben Erfahrungen aus der Vergangenheit eingebracht, Erfahrungen aus Ost und West. Sie haben Neues gelernt, Erprobtes bewahrt, und sie haben erneuert erlebt, welche Kraft in diesem Land steckt, wenn es an sich glaubt.“

## HESSEN

### Mit Roland Koch Politikwechsel auch im Strafvollzug

**Der hessische Justizminister Christean Wagner hat am 16. April die Bilanz der bisherigen Regierungszeit und eine Jahresbilanz des Strafvollzugs für 2001 gezogen:**

„Rekordtief bei Entscheidungen aus Haftanstalten, fast 90 Prozent Rückgang bei Missbrauch von Vollzugslockerungen, rund 340 zusätzliche Haftplätze und ein einheitliches Strafvollzugskonzept sind die Belege unserer Erfolge.“

Beliebigkeit und Konsequenzlosigkeit sind durch eine konsequente Vollzugspolitik ersetzt worden. *Justizvollzug in Hessen – konsequent und sicher* war und ist das Motto der Politik der letzten Jahre. Was diese Neuorientierung gebracht hat, ist deutlich sichtbar.

Mit Antritt der Regierung Koch hat ein Politikwechsel auch im Strafvollzug stattgefunden. Die Wiedereingliederung von Straftätern ist ein wichtiges, aber nicht das einzige Vollzugsziel. Der Strafvollzug hat ebenso dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung vor Kriminellen geschützt wird. Diese Sicherheit haben wir in den Mittelpunkt unserer Politik gestellt.“

## SCHLESWIG-HOLSTEIN

### Landtag setzt Untersuchungsausschuss ein

Die Landtagsfraktionen wollen zwei Korruptionsaffären aufklären.

Es geht einmal um die Privatgeschäfte des ehemaligen Expo-Beauftragten der Ministerpräsidentin, Karl Pröhl, und um mehrere Hunderttausend Euro Beraterhonorare, die die Bieter-

## Die neue sächsische Staatsregierung

Die neuen Minister: ■ Martin Gillo (Wirtschaft und Arbeit) ■ Karl Mannsfeld (Kultur) ■ Horst Metz (Finanzen) ■ Horst Rasch (Inneres) / Bisherige Minister mit neuen Ressorts: ■ Matthias Rößler (Wissenschaft, bisher Kultur) ■ Stanislav Tillich (Staatskanzlei, bisher Europa- und Bundesangelegenheiten) ■ Thomas de Maizière (Justiz, bisher Finanzen) ■ Christine Weber (Soziales, bisher Gleichstellung) / Minister mit dem selben Ressort: ■ Steffen Flath (Umwelt und Landwirtschaft)

**Ministerpräsident Georg Milbradt:** „Mit der Kabinettsbildung haben wir die Kontinuität unserer Arbeit sicher gestellt **und** die zweite Etappe des Generationswechsels in der sächsischen Regierung vollzogen.“

gemeinschaft debis/SAP an den ehemaligen Staatssekretär Joachim Lohmann gezahlt hat, nachdem sie den Auftrag zur Modernisierung der EDV in der Landesregierung erhalten hatte.

CDU und FDP wollen in dem Untersuchungsausschuss, den der Landtag eingesetzt hat, vor allem auch wissen, ob und in welchem Ausmaß die Ministerpräsidentin Heide Simonis von den Machenschaften ihrer Mitarbeiter wußte.

## MECKLENBURG-VORPOMMERN

### Ermittlungen gegen SPD-Landespolitiker – darunter Ringstorff

Generalstaatsanwalt Martensen hat im April dem Leitenden Oberstaatsanwalt in

Schwerin die „vertrauliche“ Mitteilung gemacht, dass auf Anweisung von Justizminister Sellering alle Akten des Staatsanwalts Kollorz untersucht werden sollen.

Vorwurf laut *stern*: Strafvereitelung im Zusammenhang mit einem Verfahren gegen zwei mutmaßliche Hintermänner eines Überfalls auf ein Asylbewerberheim vor zehn Jahren.

Das Ermittlungsverfahren gegen Kollorz kommt laut *stern* ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da dieser Staatsanwalt gegen 16 prominente SPD-Landespolitiker wegen gemeinschaftlich begangener Untreue ermittelt. Zu ihnen gehört neben Innenminister Gottfried Timm und SPD-Fraktionsvorsitzendem Volker Schlotmann auch Ministerpräsident Harald Ringstorff. **UID**



## NAHOST-DEBATTE

### Punktsieg für Stoiber

Zweimal, das steht jetzt fest, werden Kanzler und Kandidat vor laufenden Kameras auf einander treffen. Doch die Hoffnung der SPD-Strategen, Edmund Stoiber werde sich bei diesem Fernseh-Showdown blamieren und die Wähler scharenweise in die Arme der Sozialdemokraten treiben, könnte sich schon bald zerschlagen. Dies zeigte die Parlamentsdebatte zur Nahostkrise, in der der Kanzlerkandidat zum ersten Mal Gerhard Schröder im Parlament herausforderte. Zum großen Duell waren Schröders Regierungserklärung und die Antwort Stoibers hochstilisiert worden. Doch darauf ließ sich der bayerische Ministerpräsident gar nicht erst ein. Von einem Duell zu sprechen, so Stoiber, sei angesichts der Opfer des Konflikts „einfach abwegig“. Statt dessen zeigte sich der Unionskandidat, wie zuletzt bei seinem Besuch in Brüs-

sel, staatsmännisch – und gab sich mit der Aussage, keine deutsche Soldaten in die Region schicken zu wollen, gleich ein außenpolitisches Profil. Keinen Zweifel ließ er daran, dass Deutschland grundsätzlich an der Seite Israels steht.

Financial Times

## SPD-PROGRAMM

### Kein Klartext

Vom Kanzler heißt es im neuen SPD-Wahlprogramm: „Er liebt das Leben.“ Schön und gut. Aber ob das zur Wiederwahl reicht? Schröder ist Bundeskanzler, weil ihn die Mehrheit der Bürger für den Besseren hielt. Aber auch deshalb, weil sie seinem Konzept zur Sanierung des Unternehmens Deutschland vertraute. Die Deutschland AG ist aber seitdem weiter in die roten Zahlen gerutscht – trotz einiger Erfolge des Vorstandsvorsitzenden Schröder. Am Wahltag wollen die Bürger deshalb wissen: Was will die Regierung

tun, damit es wieder aufwärts geht? Merke: Mit Floskeln und einem strahlenden Spitzenmann allein werden keine Wahlen gewonnen. BildZeitung

### Es fehlt die Botschaft

Das SPD-Wahlprogramm trägt einen einzigen Namen: Gerhard Schröder. Die SPD, von den Ursprüngen her eine klassische Programmpartei, ist auf dem besten Weg zum Kanzlerwahlverein. Die SPD-Linke ist seit dem Abgang Lafontaines völlig abgetaucht. Die Partei wirkt durch den Kölner Spendenkandal wie gelähmt. Offene und kontroverse Diskussionen werden schon im Keim erstickt. Die Ausrichtung des SPD-Wahlkampfes auf eine einzige Person ist die logische Konsequenz aus dem Desteraster von Magdeburg. Aber die Rechnung muss nicht aufgehen. Das deutsche Wahlsystem sieht die Direktwahl des Bundeskanzlers nicht vor. Die Wähler fragen sich bei allen per-

Gründungsjahr 1929

sönlichen Sympathien sehr wohl, wofür der jeweilige Kandidat und seine Partei inhaltlich stehen. Und das ist die große Schwachstelle der SPD-Strategie: Schröder fehlt die politische Botschaft. Sächsische Zeitung

## SCHARPING

### Eklatant versagt

Glossen, die in den vergangenen Monaten über Scharping geschrieben worden sind, füllen dicke Kladden. Der Verteidigungsminister wird in der Truppe, in großen Teilen der Öffentlichkeit, vom politischen Gegner, in Kreisen der eigenen Partei nicht mehr ernst genommen. Über die Bade-tage auf Mallorca mag zu schmunzeln sein. Aber der hartnäckig fortgesetzte Versuch, das Parlament und die Richter in Karlsruhe in Sachen Militär-Airbus A400M schlicht für dumm zu verkaufen, bietet längst keinen Stoff mehr Satiren. Die Details sehen so aus: Offenkundig hat sich der Minister

vom Parlament eine Summe von 5,1 Milliarden Euro bewilligen lassen, die für die Anschaffung von 40 Maschinen reichen würde. Weil die Bundesrepublik aber 73 der im internationalen Verbund entwickelten Flugzeuge bestellt hat, hat Scharping den Partnerstaaten erklärt, Deutschland werde Schadenersatz leisten, falls der nächste Bundestag den Restbetrag nicht nachschießt und der Stückpreis dadurch höher wird. Dann aber bekäme Berlin für seine Milliarden nicht 40 Maschinen, sondern nur noch etwas mehr als 20. Scharping hat, wenn es so kommt, wieder einmal eklatant versagt. Die Welt

## BENES-DEKRETE

### Verstoß gegen Recht und Menschlichkeit

Rechtssicherheit schaffen ist erste Pflicht der Politik. Tschechiens Bürger sollen ohne die Angst leben können, historische Ansprüche könnten sie um Besitz und

Rechtsfrieden bringen. Dafür soll ausgerechnet eine einstimmige Entschliebung des tschechischen Abgeordnetenhauses über die „Unantastbarkeit“ der so genannten Benes-Dekrete sorgen, die als Grundlage von Enteignung und Vertreibung der deutschen und ungarischen Volksgruppe dienten. Wie feige ist Prags politische Klasse? Sie wagt nicht, den Bürgern die Einsicht zuzumuten, dass die damaligen Anordnungen, für wie nützlich und vielleicht sogar unvermeidlich sie mancher halten mag, gegen Recht und Menschlichkeit verstoßen haben. Sie traut nicht einmal sich selber zu, eine Ordnung zu errichten, die als unbegründet erachteten historischen Ansprüchen auf rechtsstaatlichem Wege stand hielte. Tschechiens Medien hingegen diskutieren das Thema offener und selbstkritisch. Schätzen Politiker solche Aufklärung? Parlament und Parteien berufen sich jedenfalls auf Ängste einer öffentlichen Meinung, die so gar nicht mehr existieren.

Süddeutsche Zeitung

projekt:21

**Lust AUF FAMILIE**  
**Lust AUF VERANTWORTUNG**

Beschluss des „Schönen Parteitags“ der CDU Deutschlands  
Biele, 13. November 1999



**CDU**  
mitten im Leben.  
■ ■ ■ ■ ■

„Lust auf Familie,  
Lust auf  
Verantwortung“

Beschluss des  
Kleinen Parteitags  
am 13. 12. 1999

Best.-Nr.: 5645

50 Expl.: 20,50 €

(21,94 €)

Familienpolitik

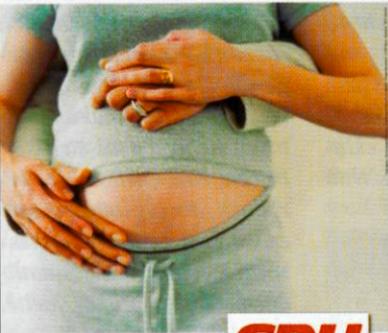
„Andere Umstände  
erfordern bessere Politik.“



Vorfahrt für Familien.

**CDU**

„Andere Umstände  
erfordern bessere Politik.“



Zeit für Taten. **CDU**

Leporello „Familie“  
„Andere Umstände

Best.-Nr.: 2879

100 Expl.: 20,00 €

(21,40 €)

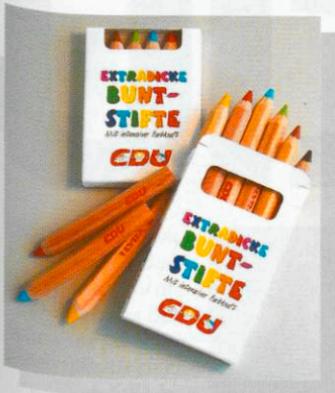
Plakat „Familie“  
„Andere Umstände

DIN A1

Best.-Nr.: 7877

25 Expl.: 10,00 € (11,60 €)

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7 % bzw. 16 % MwSt.  
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.



**CDU-Buntstifte mit intensiver Farbkraft, Bruch-, Wisch- und Wasserfest**

Best.-Nr.: **9250**

10 Schachteln:

17,40 € (20,18 €)



**Reflektoren, bunter Mix aus verschiedenen Figuren und Symbolen**

Best.-Nr.: **9558**

30 Expl.: 18,90 € (21,92 €)

**„Wir malen uns die Welt, wie sie uns gefällt.“**



Zeit für Taten.



**CDU-Malblock**

**DIN A4, 30 Blatt**

**„Wir malen uns die Welt, wie sie uns gefällt“**

Best.-Nr.: **9878**

20 Expl.: 28,00 € (32,48 €)



**CDU-Spritztiere**

Best.-Nr.: **9559**

30 Expl.: 15,00 € (17,40 €)



Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.

## Stoiber kommt.



**CDU**

Kantig. Echt. Erfolgreich.



**CDU**

Postkarte „Edmund Stoiber“

Best.-Nr.: 9860

100 Expl.: 6,90 € (8,00 €)

Rednerplakat „Edmund Stoiber“

DIN A 1

Best.-Nr.: 8859

50 Expl.: 15,00 € (17,40 €)

DIN A 0

Best.-Nr.: 8858

50 Expl.: 29,00 € (33,64 €)

**BESTELLANSCHRIFT**

Bertelsmann Distribution GmbH  
– IS-Versandzentrum –  
Postfach 1162,33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.  
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.